



Niederschrift

Petitionsausschuss

20. Wahlperiode – 62. Sitzung

am Dienstag, dem 25.02.2025, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Dr. Michael Schunck (SSW), stellvertretender Vorsitzender
Thomas Jepsen (CDU)
Patrick Pender (CDU), in Vertretung von Hauke Göttisch (CDU)
Heiner Rickers (CDU)
Sönke Siebke (CDU)
Manfred Uekermann (CDU)
Wiebke Zweig (CDU)
Oliver Brandt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Dirk Kock-Rohwer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Dr. Ulrike Täck (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Niclas Dürbrook (SPD)
Marc Timmer (SPD)
Dr. Heiner Garg (FDP)

Weitere Abgeordnete

Annabell Krämer (FDP)
Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Einziger Punkt der Tagesordnung:

Anhörung zur Petition L2119-20/974

Bildung; Schaffung zusätzlicher Lehrerstellen zur Sicherung der Unterrichtsversorgung

Der stellvertretende Vorsitzende, Abgeordneter Dr. Schunck, eröffnet die öffentliche Sitzung um 10:02 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Sodann übergibt er das Wort an die Petenten, Herrn Stefan Stahl sowie dessen Sohn Herrn Lennart Stahl. Die Petenten führen in die Vorlagen (Umdrucke 20/4703 sowie 20/4704) ein.

Herr Stefan Stahl betont in die Diskussion einleitend, dass er in seiner Position als stellvertretender Geschäftsführer im Jobcenter im Kreis Segeberg jeden Tag die negativen Konsequenzen gescheiterter Bildungswege sehe. Ein Einsparen von 30 Millionen Euro im schleswig-holsteinischen Schulsystem halte er darum für verantwortungslos. Zwar lasse das Bildungsministerium in seiner Stellungnahme verlauten, dass trotz der Kürzungen weiterhin eine Unterrichtsversorgung von mindestens 100 Prozent gewährleistet werde, doch diese Zahl täusche darüber hinweg, dass in den vergangenen Jahren tatsächlich etwa drei Prozent des Unterrichts ersatzlos ausgefallen seien. Etwa zwölf Prozent des Unterrichts sei zudem in Vertretung erteilt worden. Es sei seiner Auffassung nach absurd, in einer solchen Situation Einsparungen vorzunehmen und seitens der Landesregierung zu erklären, dass weiterhin eine hohe Bildungsqualität geboten werde.

Bildungsstaatssekretärin Dr. Stenke schickt ihren Schilderungen voraus, dass die Finanzlage aktuell herausfordernd sei. Im Bildungsbereich spare die Landesregierung am wenigsten. – Herr Freiberg, Sachbearbeiter im Referat für Ressourcencontrolling, Statistik, Zusammenarbeit von Land und Schulträgern, Schulbauförderung, Schulentwicklungsplanung im Bildungsministerium, ergänzt, die Hausspitze habe sich bei den Haushaltsverhandlungen explizit dafür eingesetzt, dass sich das Bildungsministerium in einem geringeren Maße an den Konsolidierungen beteiligen müsse als andere Ressorts. Zudem sei festzuhalten, dass in den Zahlen der Vertretungsfonds nicht enthalten sei. Dieser komme zusätzlich zum Tragen, um langzeiterkrankte oder schwangere Lehrkräfte vertreten zu lassen.

Die Unterrichtsabsicherung werde auch weiterhin bei mindestens 100 Prozent liegen, versichert die Bildungsstaatssekretärin. In einzelnen Bereichen werde dieser Wert noch übertroffen. – Bezugnehmend auf die Unterrichtsqualität führt Herr Freiberg weiter aus, dass die Landesregierung die Anzahl der Stunden, die Schülerinnen und Schüler erhalten sollen, reduziert habe. Bei gleichbleibender Anzahl an Lehrkräften ergebe allein das rechnerisch eine höhere Unterrichtsversorgung. Hier werde zugunsten der Qualität an der Quantität gespart, um guten Unterricht von gut ausgebildeten Lehrkräften zu gewährleisten und gleichzeitig den finanziellen Rahmen einzuhalten.

So seien trotz des Erfordernisses für Einsparungen an den Grundschulen zusätzlich zwei Stellen für Deutsch und Mathematik mit dem Ziel geschaffen worden, die basalen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler zu stärken, erklärt Staatssekretärin Dr. Stenke. Ein neues, landesweites Fortbildungsprogramm für Mathematiklehrkräfte zielt zudem darauf ab, insbesondere den Mathematikunterricht weiter zu stärken. Die Landesregierung stehe in intensiven Gesprächen mit den Universitäten, um zusätzliche Mathematiklehrerinnen und Mathematiklehrer auszubilden. Neuerdings sei es etwa möglich, dass Lehrkräfte nur mit einem Studienabschluss im Fach Mathematik einzustellen. Bisher sah die Lehrerausbildung grundsätzlich zwei Fächer vor.

Um die sprachlichen Fähigkeiten im Grundschulunterricht angemessen zu fördern, beginne in diesem Jahr trotz leerer Kassen wie geplant die Pilotphase zur Erfassung der Sprachkenntnisse viereinhalbjähriger Kinder an Kitas, so die Bildungsstaatssekretärin. Die einjährige Pilotphase finde im Einzugsgebiet von zehn Perspektivschulen statt. Diese sogenannte Sprachstandsfeststellung werde an den Grundschulen mit zusätzlichen Stellenressourcen unterstützt. Sie werde künftig ermöglichen, jenen Schülerinnen und Schülern Sprachförderung zu bieten, die diesen benötigten. Das sei ein wichtiger Baustein für Bildungsgerechtigkeit. Das Bildungsministerium habe sich aus diesem Grund stets dafür eingesetzt, die erforderlichen Stellen für DAZ-Lehrkräfte zu finanzieren.

Herr Freiberg ergänzt, dass Bildungsministerin Prien trotz des beschrittenen Konsolidierungspaths 20 weitere Stellen für die Sprachförderung im Übergang von der Kita zur Grundschule geschaffen habe. Um eine gute Grundlage für eine erfolgreiche Schullaufbahn möglichst vieler Schülerinnen und Schüler zu schaffen und die basalen Kompetenzen zu stärken, sei zudem eine zusätzliche Unterrichtsstunde an den Grundschulen ins System gegeben worden. Dementsprechend bestehe an den Grundschulen die Möglichkeit, zusätzliche Lehrkräfte einzustellen.

Staatssekretärin Dr. Stenke gibt abschließend an, dass ein in den kommenden Jahren zu erwartender, steigender Bedarf an Lehrkräften durch einen Aufwuchs bei der Anzahl der Schülerinnen und Schüler zunächst insbesondere an Grundschule und in der Folge an den weiterführenden Schulen vorausschauend bereits einkalkuliert sei.

Auf eine Frage des Abgeordneten Dr. Garg antwortet die Bildungsstaatssekretärin, sie stimme der Auffassung zu, dass die Aufgaben an den Schulen immer vielfältiger geworden

seien. Diese Aufgabenvielfalt könne nicht ausschließlich von Lehrkräften geschultert, sondern besser von anderen Professionen übernommen werden. Lehrkräfte sollten sich auf den Unterricht konzentrieren können.

Es existiere bereits eine Vielzahl an Unterstützungssystemen an den Schulen. Schulische Assistenzen übernahmen etwa die Aufgabe, Inklusion zu gewährleisten. Sie begleiteten täglich vor Ort jene Schülerinnen und Schüler, die besonderen Unterstützungsbedarf hätten. Zudem gebe es in unterschiedlichem Ausmaß Schulsozialarbeit an den Schulen. An den Förderzentren werde es künftig auch möglich sein, nicht ausgebildete Lehrkräfte auf festen Stellen zu beschäftigen. Diese sollten heilpädagogische, sprachpädagogische oder vergleichbare Berufe ausüben. Diese personellen Ressourcen seien auf den Weg gebracht, aber in dem Stellenvolumen, über das im Zusammenhang mit der vorliegenden Petition gesprochen werde, nicht enthalten.

Um einen Gesamtüberblick über die Ressourcen an den Schulen zu schaffen, befinde sich das Bildungsministerium aktuell in intensiven Gesprächen mit den kommunalen Landesverbänden. Das Ziel sei dabei, eine Struktur zu entwickeln, die diese Vielzahl an Professionen in den Blick nehme und eine einheitliche Finanzierungsstruktur sowie eine Führungslogik zu entwickeln, die den unterschiedlichen Anstellungsverhältnissen entspreche. Die Vielfältigkeit der Professionen stelle Schulleitungen etwa dahin gehend vor zahlreiche neue Herausforderungen, wer in welcher Art und Weise an welchen Entscheidungsprozessen zu beteiligen sei. Aktuell sei zudem die Frage offen, welche Veränderungen sich für das Bezahlungsgefüge an den Schulen ergäben.

Auf eine Frage der Abgeordneten Waldinger-Thiering betont Staatssekretärin Dr. Stenke, der aktuelle Stundenumfang liege oberhalb dessen, was die Bundesländer als Mindeststandard zu den einzelnen Fächern vereinbart hätten. Das Bildungsministerium werde die Stundevolumina dennoch nicht erneut absenken. Die Schulen müssten in diesem Fall wieder neue Stundenpläne schreiben und die Struktur des Stundentafelgefüges anpassen. Es sei den Schulleitungen nicht zuzumuten, dies jedes Jahr aufs Neue zu tun. Zudem entfalteten die Einsparungen ohnehin erst im Jahr 2026 ihre volle finanzielle Wirkung.

Bezugnehmend auf eine Nachfrage der Abgeordneten Waldinger-Thiering zur Sprachstandsfeststellung antwortet Staatssekretärin Dr. Stenke, dass nach der Pilotphase mit den ersten zehn Kitas 50 weitere Standorte im Rahmen des Perspektivschulprogramms hinzukämen, weil dort die Förderbedarfe erwartbar am höchsten seien. Es sei das Ziel der Landesregierung, die Sprachstandserhebungen im Jahr 2027 landesweit durchzuführen. Dazu werde eine

Schulgesetzänderung erforderlich sein, um alle Kinder ansprechen zu können, auch dann, wenn sie keine Kita besuchten. Daran arbeite das Ministerium bereits. Den Sprachstand von viereinhalbjährigen Kindern bereits ab 2027 flächendeckend erfassen zu wollen, sei ein ehrgeiziger Plan, so die Bildungsstaatssekretärin. Ein Land wie Hessen habe dafür 20 Jahre gebraucht. Die Nachfrage der Schulen und auch der Kitas sei entgegen der Prognose groß.

Aktuell gebe es aber noch keine Zahlen dazu, an wie vielen Standorten infolge der Erhebungen voraussichtlich ein Bedarf an Sprachförderung festgestellt werde. Aktuell gehe das Bildungsministerium davon aus, dass der Personalbedarf die eingerichteten 20 Stellen für DAZ-Lehrkräfte übersteigen werde.

Auf eine weitere Frage der Abgeordneten Waldinger-Thiering antwortet Staatssekretärin Dr. Stenke, dass zu Beginn des Schuljahres etwa 150 Stellen nicht besetzt gewesen seien. Im Land seien die offenen Stellen ungleich verteilt, denn in einigen Regionen sei es einfacher, geeignete Lehrkräfte zu gewinnen, als in anderen. Das Bildungsministerium habe Maßnahmen ergriffen, um die offenen Stellen im kommenden Schuljahr mit gut ausgebildeten Lehrkräften besetzen zu können.

Lehramtsanwärtern werde ermöglicht, in sogenannte Bedarfsregionen zu gehen und einen Anwärterzuschlag zu erhalten. Dies werde gut angenommen, denn die Bedingungen seien dahin gehend verbessert worden, dass auch Übernachtungskosten erstattet werden könnten. Bislang seien im Rahmen dieses Programms lediglich Fahrtkosten erstattungsfähig gewesen. Die erforderlichen Mittel für die Erstattung der Übernachtungskosten seien durch die entfallenden Fahrtkosten gedeckt. – Auf eine Nachfrage des Abgeordneten Timmer sagt Staatssekretärin Dr. Stenke zu, im Nachgang zur Sitzung Zahlen dazu bereitzustellen, wie das Programm in Anspruch genommen werde.

Bezugnehmend auf Fragen der Abgeordneten Timmer und Dr. Garg bekräftigt die Bildungsstaatssekretärin, dass eine ungleiche Situation je nach Kreisgebiet herrsche. Eine landesweite Unterrichtversorgung von 100% bedeute eben nicht, dass dieser Wert flächendeckend erreicht werde. Um mehr Lehrkräfte in strukturarmen Regionen zu gewinnen, ergreife das Ministerium unterschiedliche Maßnahmen.

Durch die sogenannte Abordnung Plus ordneten Schulen, die zu einem sehr hohen Prozentsatz mit ausgebildeten Lehrkräften ausgestattet seien, neu eingestellte Lehrkräfte zunächst in eine Region ab, die hohen Personalbedarf habe. Das sei eine gänzlich neue Maßnahme.

Das Bewerbungsverfahren dafür laufe aktuell. – Auf eine Nachfrage der Abgeordneten Waldinger-Thiering zur Wirksamkeit des Programms Abordnung Plus antwortet die Bildungsstaatssekretärin, dass die Bewerbungsfrist noch bis Ende Februar 2025 laufe. Sobald Zahlen dazu vorlägen, wie das Programm angenommen werde, könne die Landesregierung dazu berichten.

In insgesamt fünf Regionen im Land gebe es zudem für diejenigen, die dort eine Lehramtsausbildung aufnähmen, einen finanziellen Zuschlag. Einzelne Regionen, etwa Nordfriesland sowie Dithmarschen, hätten damit begonnen, diese Lehramtsanwärter zusätzlich zu unterstützen, indem sie ihnen Beratung zur Seite stellten und etwa bei der Suche nach einer Wohnung sowie beim Ankommen in der Region zu unterstützen. Dithmarschen habe zu diesem Zweck eigens ein Willkommenspaket entwickelt.

Andererseits seien die Schulaufsichten dabei eingebunden, Personen, die in der jeweiligen Region lebten und dort arbeiten wollten, so zu ertüchtigen, dass sie bestenfalls als Lehrkräfte arbeiten und eingestellt werden könnten. Dazu seien seitens des Ministeriums entsprechende Qualifizierungsprogramme auf den Weg gebracht worden.

Bezugnehmend auf eine Frage des Abgeordneten Timmer antwortet die Bildungsstaatssekretärin, dass insbesondere an den Gemeinschaftsschulen Fördermöglichkeiten bestünden, die nicht zu kürzen geplant sei.

Abschließend appelliert Petent Stefan Stahl an die Ausschussmitglieder und die Landesregierung, von der Mangelverwaltung im Bildungsbereich, wie er es nennt, Abstand zu nehmen und stattdessen in anderen Bereichen Einsparungen vorzunehmen. Er bezweifle, dass das Thema Bildung in der Landesregierung einen hohen Stellenwert einnehme. – Abgeordneter Pender verwehrt sich daraufhin als Mitglied der regierungstragenden Fraktionen gegen diesen Vorwurf. Angesichts leerer Kassen gelte es, Kompromisse zu schließen.

Der stellvertretende Vorsitzende, Abgeordneter Dr. Schunck, schließt die Sitzung um 11:14 Uhr.

gez. Dr. Schunck
Stellvertretender Vorsitzender

gez. Otte
Protokollführerin